

Ein Dachschaden wie bestellt

Berlin: Universität sperrt Hauptgebäude, Kritiker warnen vor Privatisierung mittels Hochschulbaugesellschaft

Von Ralf Wurzbacher

Die Berliner Hochschulen gehören zur »Elite«. Seit 2019 firmieren die Humboldt-Universität (HU), die Freie Universität (FU) und die Technische Universität (TU) als »Exzellenzuniversitäten« und Horte von »Spitzenforschung« unter dem Dach der »Berlin University Alliance«. Aber die Realität ist gnadenlos und offenbart, was der schöne Schein nicht verschleiern kann: Dachschaden – und nicht nur einen. Seit Freitag abend vergangener Woche ist das Hauptgebäude der TU an der Straße des 17. Juni verrammelt. Bei einer Begehung durch Behörden und die Feuerwehr wurden gravierende bauliche Mängel festgestellt. Darunter nasse Wände und Wasserschäden, die auch die Stromversorgung und den Brandschutz beeinträchtigen könnten, wie die Unileitung informierte.

Betroffen sind 35.000 Studierende. Hunderte Lehrveranstaltungen müssen auf unbestimmte Zeit verlegt oder durch Onlineangebote ersetzt werden. Am Montag demonstrierte ein Grüppchen an Leidtragenden vor dem Haupteingang. Auf einem Transparent stand geschrieben: »Campus sanieren, statt zu Hause studieren.« Wenn das so einfach wäre. Im Vorjahr hatte eine Bestandsaufnahme ergeben, dass von den 102 über die Stadt verteilten TU-Gebäuden ganze vier in gutem Zustand sind. 96 Prozent müssen kurz- oder mittelfristig instand gesetzt werden. An der HU sind es 94 Prozent, an der FU etwa zwei Drittel. Jahrzehntlang haben die politisch Verantwortlichen zugesehen, wie die Bausubstanz verrottet, und zugleich immer neue »Spardiktate« zugunsten von Unternehmern, Spitzenverdienern und Superreichen durchgesetzt. Für die Berliner Unis lief dabei ein Sanierungsstau von schätzungsweise 8,4 Milliarden Euro auf. Für alle Hochschulen in Deutschland sind es gemäß einer Hochrechnung der Hamburger Finanzbehörde 141 Milliarden Euro.

Mit der Schließung des TU-Baus steht das Thema plötzlich hoch im Kurs. Der »Schock« wirkt wie bestellt. Beschäftigte und Studierende dürfen das Haus im Laufe dieser Woche nur in begrenzter Zahl und im Rahmen online zu buchender Zeitslots betreten, um Arbeitsmittel und persönliche Gegenstände herauszuholen. Menschen mit Kartons und IKEA-Taschen voller Bücher, technischer Geräte und Zimmerpflanzen, die den Trakt verlassen, machen den Eindruck, als stehe er unmittelbar vorm Einsturz. Dabei leistet die Landesregierung gerade Aufbauarbeit – sozusagen. Vor drei Wochen hat der Berliner Senat die Gründung einer Hochschulbaugesellschaft (BHG) beschlossen, die bis 2045 etliche Milliarden Euro extra für die

Wiederherstellung der Unis mobilisieren und als Zentralstelle für Bau, Sanierung, Instandhaltung und Gebäudemanagement fungieren soll.

Was toll klingt, hat mehrere Haken. Die Gesellschaft soll das Geld unter Umgehung der Schuldenbremse heranschaffen, indem sie selbst Kredite aufnimmt. Sämtliche Gebäude und Grundstücke würden an die BHG übertragen, während die Hochschulen künftig nur noch Mieter wären und die Finanzierungskosten mittels Mietzahlungen zu begleichen hätten. Ferner sollen neben den Angestellten auch die Beamten in die Gesellschaft überwechseln. Darüber hinaus sollen anfangs zehn Prozent und mittelfristig bis zu 30 Prozent der Flächen reduziert werden, auf dem Wege von Synergien, Zusammenlegung, E-Learning und Homeoffice, wie es im Referentenentwurf von Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra (SPD) heißt.

Der Vorstoß stößt bei den Unis auf Missfallen. In einer Stellungnahme nennt die TU vier »kritische Punkte«: Die geplante Platzersparnis lasse sich mit den »realen Bedarfen einer wachsenden, forschungsstarken Universität nicht vereinbaren«. Eine zentrale Gebäudeverwaltung zerschlage funktionierende Strukturen. Es fehlten »verbindliche Mitbestimmungsrechte der Hochschulen« und durch die Mietfinanzierung drohten die Lasten einseitig, weil ohne verlässliche Verankerung im Landeshaushalt, auf die Hochschulen verlagert zu werden. Klartext spricht Carl Waßmuth von »Gemeingut in BürgerInnenhand« (GiB): »In Berlin wird gerade die deutschlandweit größte Privatisierung im Hochschulbereich vorbereitet«, erklärte er am Dienstag gegenüber *junge Welt*. »Statt schnell Gebäude zu sanieren, wird eine Struktur geschaffen, die dem Ausverkauf dient.«

Der GiB-Sprecher vergleicht das Vorhaben mit der »Berliner Schulbauoffensive« (BSO). Durch Einspannung der städtischen, aber privatrechtlich verfassten Wohnungsgesellschaft Howoge verzögern sich Neubau und Sanierung der Lehranstalten um Jahre, während sich die ursprünglich veranschlagten Kosten auf vielleicht 15 Milliarden Euro verdreifachen könnten. Das freut Banken und Bauindustrielle, während es im Klassenzimmer noch lange von der Decke tropft. So wie in der TU, wobei das bisher nicht von Interesse war. Jetzt aber schon. Die fünf größten Baufirmen Europas sollen Zugriff auf die Gelder bekommen, die heute noch der Hochschulbildung gewidmet werden, meint Waßmuth. »Banken bekommen die Hälfte vom Kuchen ab, über Zinsen und aus Steuergeld bezahlt. Es wird ein gewaltiger Raubzug.«

<https://www.jungewelt.de/artikel/522513.bildungsfinanzierung-ein-dachschaden-wie-bestellt.html>